



Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 22. Januar 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-25-0008

***Alle bisher vorgetragenen Aspekte von Einwendungen in der städtischen Stellungnahme berücksichtigen***  
***Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom 16.01.2008***

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Mitglieder des Umweltausschusses erinnern den Magistrat an den Beschluss Nr. 0221 der Stadtverordnetenversammlung vom 10.5.2007, „möglichst umfassend Einwendungen und Stellungnahmen vorzubringen, um die Interessen der Stadt Wiesbaden und ihre Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen“ und diese „...frühzeitig den Gremien zuzuleiten“.

Der Magistrat wird gebeten, die bisher öffentlichen gewordenen Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern, Bürgerinitiativen, Verbänden und Parteien zum geplanten Kohleheizkraftwerk bei der Erstellung der städtischen Stellungnahme zu berücksichtigen.

Die städtische Stellungnahme soll insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:

- 1.) Emissions- und Immissionsentwicklung (Gesamtschau in der Region, Genehmigungsfähigkeit nach Bundesimmissionsschutzgesetz).
- 2.) Wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren: Detailliertere Angaben zur Erwärmung des Rheinwasser; Auswirkungen auf Flora und Fauna
- 3.) Luftreinhalteplan im Rhein-Main-Gebiet (Wirksamkeit - Gesundheitliche Folgewirkungen)
- 4.) Prüfung von Alternativen (evt. Weiterbetrieb des bestehenden GUD - Kraftwerkes)
- 5.) Belange der Landschaftspflege, des Denkmalschutzes und Artenschutzes  
vgl. auch Anlagen (5)
- 6) Hinweis der Stadt Wiesbaden auf Grundstücksbesitz
- 7) Aufzeigen von radioaktiven Stoffen, die in der Kohle vorhanden sind

---

**Einwendung der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen das geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 16. Januar 2008**

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, das beigefügte Dokument „Einwendung gegen das Vorhaben der Firma Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Gaßnerallee 33, 55120 Mainz, zur Änderung eines Kraftwerks, Neubau eines Kohlekraftwerks, Ausbau eines Gewässers und weiterer Vorhaben“ als Einwendung der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen das Kraftwerk bei den zuständigen Stellen einzureichen.

---

### **Beschluss Nr. 0015**

I. Der Magistrat wird gebeten, die bisher öffentlichen gewordenen Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern, Bürgerinitiativen, Verbänden und Parteien zum geplanten Kohleheizkraftwerk bei der Erstellung der städtischen Stellungnahme zu berücksichtigen.

Die städtische Stellungnahme soll insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:

1.) Emissions- und Immissionsentwicklung (Gesamtschau in der Region, Genehmigungsfähigkeit nach Bundesimmissionsschutzgesetz).

2.) Wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren: Detailliertere Angaben zur Erwärmung des Rheinwasser; Auswirkungen auf Flora und Fauna

3.) Luftreinhalteplan im Rhein-Main-Gebiet (Wirksamkeit - Gesundheitliche Folgewirkungen)

4.) Prüfung von Alternativen (evt. Weiterbetrieb des bestehenden GUD - Kraftwerkes)

5.) Belange der Landschaftspflege, des Denkmalschutzes und Artenschutzes

vgl. auch Anlagen (5)

6) Hinweis auf Wertminderungen für den städtischen Grundstücksbesitz

7) Hinweis auf Belastungen durch radioaktive Stoffe, die in der Kohle vorhanden sind

II.. Der Magistrat wird weiter gebeten, das beigefügte Dokument „Einwendung gegen das Vorhaben der Firma Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Gaßnerallee 33, 55120 Mainz, zur Änderung eines Kraftwerks, Neubau eines Kohlekraftwerks, Ausbau eines Gewässers und weiterer Vorhaben“ als Einwendung der Landeshauptstadt Wiesbaden gegen das Kraftwerk bei den zuständigen Stellen einzureichen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .01.2008

Dr. Reinhardt  
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .01.2008

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .01.2008

Dezernat V  
mit der Bitte um weitere Veranlassung  
Dezernat I  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Müller  
Oberbürgermeister